

Resolution des Rates der Stadt Buchholz in der Nordheide vom 21.07.2015

zu den Planungen der Y-Trasse

Der Rat der Stadt Buchholz in der Nordheide verfolgt mit großer Sorge das Verfahren zur Ermittlung einer Trassenführung für den erwarteten zunehmenden Schienenverkehr von Hamburg nach Süden.

Aus Diskussionen im laufenden Dialogform Schiene Nord und veröffentlichten Verlautbarungen im Landkreis kristallisieren sich bevorzugte Trassenführungen in Anlehnung an bereits belastete Bereiche (Bahnstrecken oder BAB) heraus. Als Begründung werden die Minimierung des Landschaftsverbrauchs und der Belastung bislang unberührter Gebiete sowie Kosten und Realisierungszeiträume angeführt.

Einige der bevorzugten Trassen führen durch Buchholz mit seinen Ortschaften und Nachbargemeinden Tostedt, Rosengarten und Jesteburg. Diese Varianten würden infolge der drastisch erhöhten Verkehre die heute schon vorhandene Lärmbelastung von vielen Tausenden Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Buchholz i.d.N. erheblich verschärfen. Gleichermassen würde der ohnehin schon durch den Fernverkehr eingeschränkte Schienenpersonennahverkehr, der von großer Bedeutung für die stetig steigenden Pendlerströme von und nach Hamburg ist, aufgrund der zunehmenden Konkurrenz zwischen Nah- und Fernverkehr bzw. Personen- und Güterverkehr zusätzlich erschwert und behindert. Zu den aktuell im Raume stehenden Trassenvarianten gehören auch solche, die praktisch einem Trassenneubau gleichkommen (Heidebahn-Variante und sog. VCD-Trasse).

Diese Varianten, mit denen eine hohe zusätzliche Lärmbelastung des Buchholzer Stadtgebietes und eine massive Zerschneidung von Natur und Landschaft sowie der gewachsenen Ortschaften einhergingen, lehnt der Rat der Stadt Buchholz i.d.N. entschieden ab.

Grundsätzlich ist durch geeignete Maßnahmen sicher zu stellen, dass die Lärmbelastungen der Anwohnerinnen und Anwohner von bereits heute hoch belasteten Bahnstrecken durch passive und aktive Maßnahmen reduziert und keinesfalls verstärkt werden.

Zudem sind Einschränkungen im Schienenpersonennahverkehr im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen (mehr ÖPNV weniger MIV) als Folge des steigenden Güter- und Personenfernverkehrs auszuschließen.